

Die Ehe abschaffen, weil jede zweite geschieden wird? Von Max Dohner

Enttäuschung legt Reichtum offen

«Millionen von Amseln können sich nicht irren - an Regenwürmern muss was dran sein.» Den Satz meines Biologielehrers habe ich nie vergessen. Man kann ihn beliebig variieren. Zum Thema heute etwa so: Millionen Dorfschwänke können sich nicht irren - an der Ehe muss was faul sein. Kein Gatte, der im Dorftheater nicht als Trottel agierte, den Hahnrei spielen muss, den Allzeit-Loser, den ewig nölen-den Löli. In der Tat: Der Gatte ist der populistischste Verzerrer von Wirklichkeit. Wobei auch die holde Gattin im Schwank gehörig Federn lassen muss. Ist der Gatte bloss doof, ist sie meist die böse Vettel.

Zwei Drittel des Publikums im Säli der «Eintracht» oder «Krone» sind verheiratet, das letzte Drittel ohne Hoffnung, der Katastrophe zu entgehen. Und jetzt: Wie nehmen die Leute den Schwank? Als Lehrstück, als Spiegel? Sie kriegen furchtbar auf die «Lachmuskeln». Sie krümmen sich, bis sie schreien. Klopfen sich auf die Schenkel, bis es brennt. Hinterher genehmigen sie sich einen halben Tegerfelder oder einen Chrüter und versichern sich des Gewohntens im Tratsch. Das eben war doch nur Theater. Alles Parodie, reine Unterhaltung. Es meint nicht sie. Sie erkannten alles im Laienstück und glaubten alle, was sie sofort erkannten, seien stets Posen und Possen nur der anderen.

Man kann nicht heiraten ohne das Gefühl, das Unglück treffe nur die anderen. Ich habe das Lächeln Elisabeths und ihren festen Blick noch heute vor Augen, als sie vor zwölf Jahren, ganz blühende Braut, am Tag der Hochzeit, zu mir sagte, dem Geschiedenen: «Uns wird nicht passieren, was bei Ihnen passierte.» Nämlich die Auszehrung der Liebe. Das traurige Verkümmern. Die Ohnmacht, stumm auf einer Erosion abzugleiten. Die verheimlichte Furcht vor der langen Öde.



Jede unglückliche Ehe ist unglücklich auf ihre Weise
Die Ehe abzuschaffen, würde unsere Mühe um kein Gramm erleichtern, die wir weiter bekunden mit der Liebe und ihrer rätselhaften Mühle zwischen Flüchtigkeit und Dauer.

Ach, Elisabeth! So heiraten alle. So lustig sitzen wir ebenfalls im Glashaus des Dorftheaters. Als es noch kaum Dörfer gab, waren Spielmänner bereits unterwegs mit Schindmähre und Ochsenkarren, um das Landvolk unter freiem Himmel zu ergötzen. Dafür war sich in seiner Jugend selbst Molière nicht zu schade: für die ewige Klamotte um den dämlichen Alten, dem die derbe Alte alle Nase lang im Rücken Hörner aufsetzt mit Stallknecht Rufus oder Abbé Léodegard. Im Lauf der Jahrhunderte verfeinerte sich das zu literarischen Meisterwerken des subtilen Ehedramas wie «Madame Bovary».

Nach diesem Grundstoff fast süchtig, folgen wir heute auf Facebook und Twitter den Pirouetten der Paare. Diesen bunten Sternenguckern, bald grauen Passanten mit der Lust am Boden. Dem funkigen «Hey voll love flash, einfach nur happi!!!», bald abgelöst durch Pics mit Tränen. Verfolgen auf neuen Plattformen, wie der Reigen weiterdreht, um kein Jota verändert seit dem Ochsenkarren. Folgen nicht aus Schadenfreude, indes auch nur mässig im Mitgefühl. Vielleicht angetan von jenem lauen Trost der Resignation, die der simplen Beobachtung entsteigt, dass die Welt unvollkommen bleibt und jeder müde sein Kreuz trägt. Tolstoi wusste das, als er am Anfang seiner «Anna Karenina» schrieb: «Alle glücklichen Familien sind einander ähnlich, jede unglückliche Familie ist unglücklich auf ihre Weise.»

Zwischen Glück und Unglück besteht ein Zusammenhang. Vermutlich sind Glück und Unglück keine gegensätzlichen Kräfte, sondern formen auf rätselhafte Weise die gleiche Wolke. Wer für sich in Anspruch nimmt, die Sphären trennen zu können, wirkt oft jung, albern oder blasiert. Verzeihen kann man den Vollkommenheitswahn der Selfie-Glücksschmiede

und -baumeisterinnen nur bei leuchtender Unerfahrenheit. So leuchtend zuversichtlich war Elisabeth. Heute, nach zwölf Jahren, ist sie unglücklich wie die Hälfte jener Leute, deren Ehe nicht gehalten hat.

Das kann man tief nur bedauern. Es ist einfach ein Jammer. Offenbar aber unausweichlich in der Hälfte aller Fälle. Eine stetig mahelnde Seelenmühle, angelegt in jenen Tiefen der Gefühlswelt, in die kaum je ein Lichtstrahl dringt. Es sind am Grund des Gefühlsozeans verankerte Muster, die an der Oberfläche flüssig und ruhelos erscheinen wie Welle und Brise. Davon leben sowohl die Billigfedern von Dorfschwänken als auch die Autoren von Eheromanen der Weltliteratur. Weshalb sollte ihnen Neues einfallen, wenn alte Muster in reicher Zahl vorhanden sind? Die Liebe scheint im einzelnen Herz aufzugehen, scheint jeden und jede individuell zu erfüllen, aber - wie Tolstoi sagte - auch Liebe ist geprägt von Mustern.

Ehe bleibt ein schwieriges Feld. Eine Studie hat das in diesen Tagen einmal mehr ergeben. Die Ehe aber gleich abzuschaffen, würde die Krux keinesfalls beenden, würde unsere Mühe um kein Gramm erleichtern, die wir weiter mit der Liebe hätten, mit ihrer rätselhaften Mühle zwischen Flüchtigkeit und Dauer. Unergründliche Mahräder stecken im Detail und im Ganzen. Sie sind mit auch noch so feinen psychologischen Krämpfen nicht herauszulösen. Jeder Versuch, Liebe zu bewahren - das wäre dem Wesen nach Ehe -, ist hoch zu werten, ohne Wenn und Aber. Immer schön, auch immer traurig. Enttäuschung kann ungeahnten Reichtum offenlegen, sofern die Liebe rein war. Dann bleibt gut und human auch die Enttäuschung. Dahin müssten Paare versuchen zu gelangen.



o-ton

Mehr Staat, bitte!

VON MATTHIAS ACKERET

Als Roger Schawinski 1979 vom Pizzo Groppera die Schweiz mit seinem «Radio 24» beglückte, löste dies ein mediales Erdbeben aus. Nach vier langen Jahren bekam er, was er wollte: eine Radiokonzession. Ausgestellt vom schweizerischen Bundesrat. Heute, fast 38 Jahre später, läuft es ganz anders. Der Grund: das UKW-Netz wird in etwa zehn Jahren aufgehoben, die Privatsender sollen dann ausnahmslos auf dem qualitativ besseren DAB+-Netz empfangbar sein. Gleichzeitig sollen nur noch diejenigen Sender, die staatliche Unterstützung erhalten, eine Konzession benötigen. Die anderen - die Radios in den grossen Agglomerationen - sind vogelfrei und an keine Vorgaben gebunden. Das klingt zwar verführerisch, aber wie singt Janis Joplin: Freedom's just another word for nothin' left to lose.

Gesetzliches Zugangsrecht zur DAB+-Verbreitung hätten nur noch die konzessionierten Sender, während die anderen auf den Goodwill von Swiss Media Cast, einer privaten Firma, angewiesen sind. Diese baut momentan zwei Rundfunknetze im DAB+-Standard. Dominiert wird das Unternehmen von Ringier, Swisscom und SRG. Was bei der Verteilung der begehrten Sendeplätze auf DAB+ nicht ganz unwesentlich sein könnte. Man reibt sich die Augen: Wieso gibt das Bakom seine wichtigste Berechtigungsspflicht, die Zuweisung von Sendeplätzen, einfach so aus den Händen?

Vielleicht ist es höhere Dialektik, dass Radiopionier Schawinski, der ein Leben lang gegen staatliche Eingriffe kämpfte, eine Intervention der Medienministerin fordert. Oder, um es mit den Worten der ehemaligen «Atom-Doris» zu sagen, mehr Radio-Aktivität.

matthias.ackeret@persoenlich.com

Echo

Michael Kunz, Präsident des Schweizerischen Badmeister-Verbandes (SBV), ist besorgt: «Viele Mütter oder Väter sind in der Badi derart in ihr Handy vertieft, dass sie ihre Aufsichtspflicht nicht mehr wahrnehmen können», sagte er gegenüber der «Schweiz am Wochenende».

«Tages-Anzeiger»

«Gemeinsam mit dem Management lehne ich den Übernahmeveruch des französischen Konzerns Saint-Gobain ab», sagte Sika-Chef Paul Schuler in seinem ersten Interview als Konzernchef, das er mit der «Schweiz am Wochenende» schriftlich geführt hatte.

«Cash online»

Obwohl Ottmar Hitzfeld nur sehr selten Alkohol konsumiert, wirbt er derzeit für eine bekannte Zentralschweizer Biermarke - und wusste nicht einmal davon. Auf einem Foto zur Werbelancierung ist Hitzfeld zu erkennen. Deswegen von der «Schweiz am Wochenende» angefragt, weiss Hitzfeld nichts vom Werbe-Coup.

«Handelszeitung»

Gastkommentar von Daniel Schwarz

Mythos Milizsystem

Wie viel sollen Politikerinnen und Politiker verdienen? Die neue Studie zur Entschädigung unserer Bundesparlamentarier hat Wellen geworfen. Im Durchschnitt entspricht ein Parlamentsmandat einer 90%-Anstellung und wird mit 12700 Franken pro Monat entschädigt. Dabei handelt es sich um das Bruttosalar, Beiträge an Sozialversicherungen und berufliche Vorsorge sowie die Bezahlung eines persönlichen Mitarbeiters gehen davon weg. Dennoch war die Empörung gross. Die Frage der Politikerentschädigung ist und bleibt ein heisses Eisen - gerade in der Schweiz, wo immer noch die Vorstellung eines Milizparlaments, bestehend aus lauter Feierabendpolitikern, herumgeistert.

Dabei fiel die wissenschaftliche Beurteilung des früheren Milizparlaments niederschmetternd aus. Von akuter «Zeit- und Sachkunde» war die Rede. Bereits in den 1970er-Jahren wurden Rufe nach einem Berufsparlament laut. Mit den damaligen Milizstrukturen war das Parlament der Übermacht von Bundesrat und Verwaltung ausgeliefert. Die Mittel zur Kontrolle der Regierung fehlten an allen Ecken und Enden.

Was nicht heisst, dass es keine einflussreichen Parlamentarier gab. Sie sassens gleichzeitig in den mächtigen Verbänden und wirkten in der Vernehmlassung oder im informellen Austausch mit der Verwaltung intensiv an der Gesetzgebung mit. Die Bundesversammlung kannte noch keine ständigen Kommissionen, die Geschäftsprüfungskommission und die Finanzkontrolle waren schwach.

Zur Nutzung von parlamentarischen Initiativen, mit denen das Parlament gegen den Willen der Regierung eigene Vorlagen

ausarbeiten kann, fehlten die Zeit, das Personal und der politische Wille.

Die Idee der Miliz: Die Volksvertreter üben weiterhin ihren Beruf aus und behalten so ihre «Bodenhaftung». Das real existierende System zementierte indes die Ungleichgewichte unter den Parlamentariern: Klar im Vorteil waren Verbandspolitiker, deren Beruf quasi dem Parlamentsmandat entsprach. Vertreter von Wirtschafts- oder Bauernverbänden oder auch der Gewerkschaften sassens als einflussreiche Lobbyisten im Parlament. Ebenfalls im Vorteil war, wer aufgrund seines Vermögens nicht auf die Entschädigung seiner Parlamentsarbeit angewiesen war. Das Nachsehen hatten normale Angestellte, die sich längere und zudem schlecht entlohnte Abwesenheiten vom Arbeitsplatz nicht leisten konnten. Das Milizsystem fördert die Ungleichheit.

Das System ist gleich von zwei Seiten unter Druck geraten: Einerseits sind die Anforderungen an die Parlamentarier gestiegen. Die Gesetzgebung wurde unerhört schnelllebig und komplex, die Bedeutung der Kontrolle von Bundesrat und Verwaltung nahm zu und die Medien - auch die «sozialen» - verlangen ständige Verfügbarkeit. Parlamentarier müssen professioneller agieren und mehr Zeit aufwenden als früher. Andererseits sehen immer weniger Arbeitgeber ein, weshalb sie für ein Milizamt in der Politik ihren Angestellten gegenüber flexibler sein sollten. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Milizpolitik steht es heute schlecht. Viele Gemeinden, die händierend nach Kandidaten für ihre Exekutive suchen, können ein Lied davon singen.

Die Schweiz hat ein Wahrnehmungsproblem: Wir tun so, als ob die Bundesver-



Daniel Schwarz
Politikwissenschaftler, ist Vereinspräsident von Politools und Co-Projektleiter von Smartvote.

«Das Milizsystem fördert die Ungleichheit»

sammlung ein Milizparlament wäre. Ein Abbild davon ist die Zusammensetzung der Parlamentarierbezüge. Unter unzähligen Titeln werden Entschädigungen für dieses und jenes ausbezahlt: fixes Jahreseinkommen, variable Sitzungsgelder, Beitrag für einen persönlichen Mitarbeiter, unterschiedliche Vergütungen für Mahlzeiten, Übernachtung, Reisen und Altersvorsorge sowie Zulagen, zum Beispiel für Kommissions- und Ratspräsidenten.

Kaschiert wird damit, was alle längst wissen, aber nicht als Erfordernis der Zeit akzeptieren wollen: Unser Parlament funktioniert, weil viele Mitglieder ihr Amt vollzeitlich ausüben. Dies einzugestehen, könnte eine Vereinfachung des undurchsichtigen Entschädigungssystems ermöglichen.

Weil sie die Gesetzgeber sind, können die Volksvertreter ihre Gehälter selber festlegen. Einen transparenteren und darum verstärkt vertrauensbildenden Weg gehen seit 2010 die Briten. Nach einem Spesenskandal wurde die Kontrolle über die Parlamentariergehälter an eine vom Parlament unabhängige Stelle ausgelagert. Sie legt anhand bestimmter Kriterien die jährlichen Bezüge fest und publiziert sie im Internet - für jedes Parlamentsmitglied einzeln, in alphabetischer Reihenfolge. Gesunken sind die Saläre deswegen nicht.

Für die Schweiz gilt: 12700 Franken pro Monat sind viel Geld und mit den Bezügen ausländischer Parlamentarier durchaus vergleichbar. Für die «Spitzenverdiener» unter den Parlamentariern ist eine weitere Erhöhung nicht angezeigt.

Wer eine Rückkehr zum alten Milizsystem fordert, bekommt vielleicht Applaus vom Volk, aber keine bessere Politik.